

Eingang STADT BECKUM

Sekretariat Bürgermeister

am: 27.08.07 FB: R.B.

Ø FV; FB 1
erl. Ke. / 27.08.

G.R. 27.08.07
27.08.07



<http://www.fwg-beckum.de>

Fraktion im Rat der Stadt Beckum

Herrn
Bürgermeister
Dr. Karl-Uwe Strothmann
Stadt Beckum
Weststraße 46
59269 Beckum

Beckum, 26.08.2007

Antrag gemäß Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Strothmann,

die FWG - Fraktion im Rat der Stadt Beckum stellt nachfolgenden Antrag:

1. Worum geht es?

Es geht um die Absicht der Landesregierung NRW, die Entkopplung der Kommunalwahl von der Bundestagswahl 2009 bei der Festlegung der Wahltermine vorzunehmen.

2. Bezug?

Presseberichten zufolge – am 20.08.2007 die WAZ auf ihrer Titelseite – sollen die Generalsekretäre der Koalitionsparteien von CDU und FDP darauf verständigt haben, die Kommunalwahlen in NRW nicht wie geplant am selben Tag wie die Bundestagswahl (Herbst 2009) stattfinden zu lassen.

3. Was will die FWG - Fraktion im Rat der Stadt Beckum?

Die FWG – Fraktion im Rat der Stadt Beckum beantragt, dass der Rat der Stadt Beckum mit dem o.a. Thema in der Sitzung am 16. Oktober 2007 befasst wird und nachfolgende Resolution beschließt.

4. Anlage: Resolution – Entwurf

Mit besten Grüßen
FWG - Fraktion im Rat der Stadt Beckum
gez.
Gregor Stöppel
(Vorsitzender)

Gregor Stöppel
Everkekamp 4
59269 Beckum
☎ (0 25 21) 48 61
eMail: gregorstoeppel@t-online.de

An den
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Dr. Ingo Wolf

Resolution – Entwurf
des Rates der Stadt Beckum
vom 16. Oktober 2007

Keine Entkopplung der Kommunalwahl von der Bundestagswahl 2009.

Der Rat der Stadt Beckum spricht sich ausdrücklich für eine Zusammenlegung der Kommunalwahl NRW und der Bundestagswahl im Herbst 2009 aus.

Ihre durch die Medien bekannt gewordenen Überlegungen, die Wahltermine voneinander zu trennen, so dass die Wähler möglicherweise im September 2009 zur Bundestagswahl und wenige Wochen später im Oktober zur Kommunalwahl aufgerufen wären, sind für den Rat der Stadt Beckum völlig inakzeptabel und werden rundum abgelehnt.

Begründung:

1. Eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen, muss Grundsatz für die Entscheidung hinsichtlich der Festlegung des Wahltermins sein.
Bekanntermaßen ist dies bei einem gemeinsamen Wahltermin der Fall.
2. Kostenersparnis und Verwaltungsaufwand dürfen nicht außen vor bleiben.
Mit der geplanten Entkopplung der Kommunalwahl von der Bundestagswahl 2009 wären für die Kommunen Mehrausgaben von rund 42 Millionen Euro verbunden.
3. Da zuvor im Mai bereits die Europawahlen stattfinden und bereits Anfang 2010 die Landtagswahlen, stünde der Bevölkerung und den Parteigliederungen ein regelrechter Wahlmarathon verbunden mit „Dauerwahlkampf“ bevor.
Eine solche Situation wäre unverantwortlich und würde alle Beteiligten völlig überfordern.
4. Es gilt Politikverdrossenheit durch parteitaktisches Kalkül keinen Vorschub zu leisten.